

Haushaltsrede SPD-Fraktionsvorsitzender Marc Knuelle am 09.02.2023

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, verehrte Vertreter der Medien, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, sehr verehrte Mitarbeitende der Verwaltung.

Wie angenehm ist es doch, nach diesen vielen Monaten des Abstand Haltens sich vor einem beisammensitzenden Rat zur Haushaltsrede wiederzufinden.

Gerade, wo die Zeiten, in den wir uns geopolitisch befinden, ein Unterhaken und ein Gemeinsames noch mehr notwendig machen als je zuvor.

Hatten wir als ehrenamtliche Mitglieder des Rates doch gedacht, dass wir nach den Jahren 2015 und 2016 mit den großen Flüchtlingswellen und den vielen Herausforderungen, die auf uns als Stadt hereingebrochen waren, wieder in ruhigere Zeiten kommen. Das, was wir da gemeinsam geschafft hatten - im größtmöglichen Konsens-, sollte aber wohl nicht unsere letzte Herausforderung bleiben. Auf dieses damalige gemeinsame Vorgehen, vor dem Hintergrund mancher Hetze von außen war stark, da können wir hier alle stolz drauf sein.

Mit der Pandemie sind wir alle und auch die Verwaltung an ihre Grenzen gekommen, emotional wie von der Arbeitsbelastung her. Nichts war mehr so, wie man es kannte und des Menschen eigenes Sozialverhalten sein zu wollen bis ins Extreme aufs Abstellgleis manövriert. Es gilt dabei allen der Dank für das Geleistete.

Aber auch das haben wir gemeinsam geschafft. Rat und Verwaltung haben besonnene Entscheidungen getroffen und der Bevölkerung die größtmögliche Zuversicht vor Ort mit der Krise klarzukommen gegeben.

Aber diese Krise hat auch große Schäden hinterlassen. Einige Menschen haben diese nicht gut durchgestanden und benötigen noch mehr unsere Unterstützung als es schon vor der Pandemie nötig war. Es hat meist wieder die Ärmsten unserer Gesellschaft getroffen und leider wie so oft in Krisen insbesondere die Kleinsten unserer Gesellschaft, die Kinder.

Deshalb ist es so wichtig, was wir als Mehrheitskooperation des Rates aus Grünen, FDP und SPD nun weiter ausbauen. Die Quartierssozialarbeit, um den Menschen vor Ort nicht nur einen Ansprechpartner zu geben, sondern einen Anwalt für ihre Belange und Sorgen. Jemand, der im Veedel konkret Projekte angeht, um die Lebenssituationen zu verbessern. Jemand, der für die Menschen da ist als Verbindung zu den Hilfen und der Verwaltung. Ein wirklicher sozialpolitischer Meilenstein, den wir hier vor Ort umsetzen und der zukünftig alle Quartiere unserer Stadt erreichen soll. Mein Dank gilt hier unserer Jutta Bergmann-Gries, die seit Jahren sich massiv für diese Frage stark macht.

Dazu gehören auch die von der Kooperation umgesetzten Maßnahmen im Bereich der Jugend. Stärkung der offenen Jugendarbeit, Verbesserung der Spielplatzstrukturen bis hin neue Wege der Partizipation zu finden. Denn die Kinder- und Jugendlichen ernst zu nehmen steht auf der Tagesordnung, denn sie sind unsere Zukunft.

Da gebührt es sich nicht, dass der CDU-Landtagsabgeordnete Lienesch gemeinsam mit dem Bürgermeister unserer Stadt einen Ortstermin bei der gesperrten Skateranlage macht und dazu die Landesministerin einlädt, um dann sich in der Öffentlichkeit feiern zu lassen, vom Land kämen 500.000 € als Zuschuss zu der Baumaßnahme. Selbst Herr Rupp als Kämmerer ging bis gestern Abend im Finanzausschuss davon aus.

Dann zu hören, dass sei ja alles so nicht gesagt worden und Herr Villinger von der Presse hätte alles falsch verstanden, ist schon beschämend. Die noch heute nachzulesenden Veröffentlichungen der Stadt und von Ihnen, Herr Lienesch, geben noch immer den Eindruck, dass diese Summe des Landes kommt. Ich kann nur an Sie beide appellieren: Nehmen Sie die Jugend ernst und enttäuschen sie diese nicht mit haltlosen Versprechen, das haben diese nicht verdient.

Gerade durch die neue Krise seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine stehen wir vor neuen Herausforderungen für unsere Bevölkerung. Gut, dass diese so stark ist, auch die neue Flüchtlingswelle mit aufzufangen, aber die daraus resultierenden Folgen müssen aufgefangen werden. Denn die Belastungen, insbesondere durch die hohe Inflation und insbesondere die hohen Energiepreise, lassen Menschen mitten unter uns in der Stadt verzweifeln. Da ist es gut, dass wir zur Bekämpfung der Kinderarmut aktiv werden, nun auch etwas früher als bisher angedacht, aber das wird noch lange nicht reichen. Es gilt daher alles zu tun, um unsere sozialen Infrastrukturen aufrechtzuerhalten und auszubauen, wie eben bereits mit der Quartierssozialarbeit erwähnt.

Gerade vor dem Eindruck der Energiekrise setzt unsere Kooperation mit Grünen und FDP auf Maßnahmen, die zum vordersten Ziel haben Energie einzusparen, so stärken wir die Kompetenzen in der Verwaltung durch die neu beschlossenen Stellen für einen verbesserten Klimaschutz. Investieren in eine schnelle Umstellung der Straßenlaternen auf LED und bringen gemeinsam mit unseren Stadtwerken erste größere Photovoltaikanlagen auf den Weg. Da mein verehrter Kollege Herr Metz von den Grünen sicherlich dazu weiter ausführen wird, verweise ich auf das später Gesagte, um nicht alles schon vorwegzunehmen.

Dass wir unsere eigenen Stadtwerke haben ist ein Glücksfall, so können wir selbst deutlich mehr zum Klimaschutz beitragen. Dazu gehört aber auch, dass die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung reibungslos funktioniert. Wir erkennen deutliche Verbesserungen an, aber zum Beispiel bei Thema E-Mobilität haben die Stadtwerke schon längst geliefert, aber sind in der Umsetzung in einer Warteschleife, da die Stadt bei den notwendigen Genehmigungen für die Umsetzungen nicht vorankommt. Hier hoffen wir auf einen deutlichen Ruck seitens der Verwaltung, damit wir endlich sichtbare Ergebnisse sehen. Es kann eben nicht sein, dass an der Mobilitätsstation am Busbahnhof sechs Parkplätze für E-Fahrzeuge vorhanden, aber nur zwei mit einer Ladesäule versehen sind. So kann man die Klimaziele nicht erreichen, das muss schneller gehen.

Was die andere städtische Gesellschaft der Wirtschaftsförderung angeht, sehe ich uns auf einem guten Weg, deutlich mehr daraus zu machen. Denn wir brauchen eine Stadtentwicklungsgesellschaft, die selbst als Bauträger in Erscheinung tritt, um auch nur ansatzweise dem Bedarf an neuem Wohnraum etwas entgegenzusetzen. Ob die WfG umgewandelt oder wir eine neue Gesellschaft gründen sei mal dahingestellt, wichtig ist, dass sich beim Bau von bezahlbaren Wohnungen etwas tut und da ist diese Kooperation dran. Und das ist gut so.

Die Flüchtlingswelle aus der Ukraine verdeutlicht nicht nur auch diesen Mangel an Wohnungen, sondern macht auch noch auf viele andere Mängel in unserer Gesellschaft aufmerksam. Wenn man mit Geflüchteten über die notwendigen Behördengänge spricht, schaut man in erstaunte Gesichter. In der Ukraine hat man schon lange sich daran gewöhnt, Behördengänge online durchzuführen. Gesamte Ausweisdokumente und Bescheinigungen sind rechtssicher auf dem Handy. Dass man dann hier im Industrieland Deutschland nur den Termin online vereinbaren kann, aber für alles ins Rathaus muss, zeigt wie viel noch aufzuholen ist. Dass dann gerade zu dem Zeitpunkt und auch aufgrund

der Pandemie der Bürgerservice nicht wirklich rund lief, war da nicht förderlich und hat auch einige Bürgerinnen und Bürger sehr verärgert, die nach der Pandemie wieder verreisen wollten und einen neuen Pass benötigten. Das kam eben nicht so überraschend, wie es vom verantwortlichen Dezernenten gerne behauptet wird, es war einfach schlecht vorbereitet und hätte anders laufen müssen. Da können wir nur von Glück sprechen, dass wir da engagierte Mitarbeitende haben, die dann alles versucht haben, die Engpässe aufzufangen.

Aber wie gesagt muss mehr in der Digitalisierung getan werden. Dazu hatte die Kooperation bereits Personalressourcen zur Verfügung gestellt, die nun auch für die Ursprungsaufgabe, Digitalisierung von Bürgerdienstleistungen, eingesetzt werden sollte.

Neben der Digitalisierung der Verwaltungsdienstleistungen haben wir als Kooperation viel in unsere Schulen investiert und weitere Maßnahmen wie an der Gesamtschule in Menden auf den Weg gebracht. Wir investieren massiv in die Baustruktur und die Digitalisierung. Neben den bereits in der Nutzung befindlichen iPads an den Schulen sind wir mit dem gestrigen Beschluss der Kooperation auch in die Beschaffung von Lehrbüchern eingestiegen. Wir müssen den Schülerinnen und Schülern die Rahmenbedingungen liefern, die für die Gestaltung ihrer Zukunft notwendig sind, sonst fällt uns am Schluss alles auf die Füße.

Und noch etwas muss an dieser Stelle im Zusammenhang mit der Zukunft unserer jungen Generationen gesagt werden. Die Gesellschaft ist rau geworden und da müssen wir als Politik dagegenhalten. Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz nehmen immer mehr Räume ein und es wird ihnen viel zu wenig eine klare Kante gezeigt, geschweige denn Solidarität mit den Betroffenen.

Ich darf da als Beispiel für klare Kante die für mich karnevalistisch hervorragend genutzte Büttenrede von FDP-Frau Strack-Zimmermann erwähnen. Wie diese „Düsseldorferin“ den Vorsitzenden der CDU-Herrn Merz karnevalistisch zerlegt hat, war hervorragend. Und wer sich darüber beschwert, das wäre eine unangemessene Wortwahl gewesen, den hätte ich gerne mal gesehen, als Merz von Sozialtourismus von Flüchtlingen und kleinen Paschas im Zuge von Integrationsfragen gesprochen hat. Solche Äußerungen aus der christlichen Volkspartei sind unerträglich!

Ich darf an diese Stelle unserem Ratskollegen Herrn Beiersdorf El Schallah lobend erwähnen, der im Gegensatz zu seinem Fraktionsvorsitzenden und Landtagsabgeordneten, der sonst immer gerne zu allem was sagt, hier klare Kante gegen seinen eigenen Parteifreund Merz gezeigt hat. Großartige Courage!

Und noch etwas möchte ich zum Nachdenken im Hinblick auf Solidarität mit Minderheiten zum Ausdruck bringen. Ich kam gestern darauf, als wir über die Fahnenmasten und die Kosten für die Instandsetzung beraten haben. Als die Kath. Kirchen sich mit der LGBT-Community solidarisiert haben, hatte auch unser Bürgermeister Regenbogenfahnen gehisst als Zeichen der Solidarität. Das war gut!

Aber dann, als die Fahnenmasten daraufhin zerstört wurden, passierte nichts mehr, man hatte dem Angriff nicht mehr durch weitere Aktionen oder deutliche Zeichen entgegengesetzt. Das empfand ich als sehr enttäuschend.

Solidarität ist keine Eintagsfliege und gerade, wenn diese unter Beschuss kommt, muss sie umso deutlicher noch herausgestellt werden. Das wurde leider versäumt.

Da freut es mich zu sehen, dass Frau Bungarten ein klares Zeichen der Solidarität mit der LGBT-Community offen trägt, wäre schön, dass dieses auch bei Ihrem Chef mehr Auswirkungen zeigen würde.

Denn wer die Situation kennt, dass auch noch im Jahre 2023, queere Kinder im Alter von 13-17 Jahren zu 50 % an Suizid denken und 18% es versuchen, dann zeigt es, dass unsere Gesellschaft weit weg davon ist, dass man sich als Minderheit wohl und sicher fühlt, und das gilt noch für viele weitere Minderheiten. Hier haben wir als Politik eine Vorbildfunktion und müssen handeln. Ich weiß, wovon ich spreche.

Ein Baustein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist auch der Sport, daher ist es nur richtig, dass die Kooperation in die massiven Investitionen eingestiegen ist, dass Hallenbad in Niederpleis zu sanieren und für die Sporthalle im Schulzentrum und das Schwimmbad Zukunftslösungen auf den Weg zu bringen. Denn, wer es ernst meint den Sport zu unterstützen, der handelt auch danach, da gelten Taten statt Worte.

So erhöhten wir den Zuschuss an den Stadtsportverband und nehmen uns die nächsten investiven Maßnahmen aus dem Pakt für den Sport vor.

Und unser Sport in der Stadt fördert auch Talente hervor, die ich auch mal namentlich hier benennen möchte. Unsere Judokas Karl-Richard und Johannes Frey, die bei den olympischen Spielen in Tokyo im Mannschaftswettbewerb Bronze gewonnen haben. Eine bärenstarke Leistung.

Was mich dann aber traurig macht und auch die beiden Jungs und deren Sankt Augustiner Familie und Freunde, ist, dass es unser Bürgermeister trotz mehrfacher Hinweise von mir, nie geschafft hat, den beiden ordentlich zu gratulieren. Das ist nicht nur für ihn beschämend, sondern auch für unsere Stadt.

Es gibt auch noch weitere Leistungsträger unserer Gesellschaft, um die wir uns vermehrt kümmern müssen, unsere Seniorinnen und Senioren. Unsere Stadt ist lang noch nicht fit für den demographischen Wandel, es fehlt an sozialer Infrastruktur für die älteren Generationen. Dass es bei meinem vor Jahren eingebrachten Anliegen Bordsteine abzusenken nun endlich mit großen Schritten vorangeht, ist sehr zu begrüßen, da es eine der vielen Alltagshürden nimmt. Aber das ist noch lange nicht alles. Auch hier gilt es, durch die zukünftige Stadtentwicklungsgesellschaft barrierefreien Wohnraum zu schaffen. Die Stadt muss bis ins hohe Alter lebenswert sein. Das sind wir unseren älteren Generationen, die uns den Wohlstand aufgebaut haben, schuldig.

Und auch in der Generation der Enkel haben wir einen wichtigen Schritt nach vorne getan, dass wir an unserer wichtigen Kinderklinik nun mit der Realisierung eines Geburtshauses vorankommen wollen. Die Mittel haben wir im Haushalt eingestellt und damit den Grundstein gelegt. Es muss nun mit Leben gefüllt werden, damit schon bald wieder in Sankt Augustin der Schrei des Lebens zu hören ist.

Sorge dagegen bereitet mir der Fortschritt bei den Realisierungen von Kitaplätzen. Zwar hat der Rat der Verwaltung alle notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt, aber die Umsetzung ist trotz vieler Worte und Videos ziemlich ins Stocken geraten und die Ziele, die gesetzt worden sind, werden nicht erreicht. Hier muss sich gerade der Bürgermeister, der dies als Chefsache verantwortlich umzusetzen hat, messen lassen müssen. Der Rat hat alles getan, sie müssen nun liefern!

Erlauben Sie mir in dem Zusammenhang Herrn Waldästl zu danken, der es immer wieder schafft, bei den Aufstellungen von Beitragstabellen für Kitas und OGS seine meisterlichen Rechenkünste zum Einsatz zu bringen, um mehrheitsfähige Lösungen vorzubereiten. Das geht weit über das Ehrenamt hinaus. Danke dafür!

Hier entlasten wir durch die Kooperation viele Eltern mit niedrigem Einkommen!

Man könnte sicherlich noch viele weitere Punkte ansprechen und ausführen, aber ich will es dabei belassen und bin Ihnen dankbar, dass sie mir zugehört haben.

Besonders dankbar bin ich, und das will ich hier noch einmal betonen, Herrn Rupp und seinem gesamten Team für die Aufstellung des Haushaltes und den Mitarbeitenden der Verwaltung, die im Rahmen des ihnen vom Rat vorgegeben Budgets alles daran tun, um die Beschlüsse des Rates umzusetzen. Für ein lebenswertes, modernes, klimafreundliches Sankt Augustin.

Besonderen Dank möchte den Mitgliedern der Fraktionen von Grünen, FDP und auch meiner Fraktion der SPD aussprechen. Erstmals in der Geschichte der Stadt haben drei Fraktionen Haushaltsberatungen gemeinschaftlich abgehalten und Fragen und Anträge gemeinschaftlich erarbeitet. Das zeigt die Stärke dieser Kooperation, die auf Augenhöhe und mit Respekt und Vertrauen zusammenarbeitet. Danke Euch allen, ihr leistet Großartiges!

Wir beschließen heute einen Haushalt ohne Steuererhöhungen und ohne Haushaltssicherung!

Mein persönlicher Dank gilt insbesondere Euch, Stefanie und Martin, die nun bald zehnjährige Zusammenarbeit ist nicht nur erfolgreich, sondern sie macht auch Spaß und ist menschlich auf sehr hohem Niveau. Merci.

Dank möchte ich auch meinen beiden Frauen in der SPD-Fraktion aussprechen, die mich seit Jahren bei allen Aufgaben als Vorsitzender immer tatenvoll unterstützen, Sandra Bäsch und Heike Borowski. Ihr seid Klasse!

Ihnen allen, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen des Rates, wünsche ich viel Gesundheit, Kraft und die Stärke zum Kompromiss gemeinsam mit der Kooperation diese Stadt nach vorne zu bringen.

Dem noch reduzierten Verwaltungsvorstand wünsche ich ein glückliches Händchen bei der Umsetzung der politischen Aufträge.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Marc Knuelle

Es gilt das gesprochene Wort.